

„Bündnis Porz-Mitte“ berichtet über die Arbeit der letzten Monate

Von Ende April bis Anfang Juli wurden viele Termine wahrgenommen, darunter:

02.+ 05.04.2017: Workshop Vorstand Bündnis Porz-Mitte
24.04.2017: 2. Beiratssitzung
27.04.2017: Mitgliederversammlung Bündnis Porz-Mitte
05.05.2017: Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus
15.05.2017: Gespräch mit einem unmittelbar betroffenen Dienstleister
21.05.2017: Werbung für das Bündnis bei der IG Langel
07.06.2017: Gedankenaustausch mit der Leitung der Musikschule
12.06.2017: Gespräch mit Vertretern der Porzer Politik (nur die SPD kam)
20.06.2017: BV Sitzung
22.06.2017: Gespräch mit Henk van Benthem und Norbert Becker
03.07.2017: außerplanmäßige Vorstandssitzung Bündnis Porz-Mitte
04.07.2017: Öffentlichkeitsbeteiligung im Rathaus
18.07.2017: Gespräch mit dem Kirchenvorstand von St. Josef/Vorstandssitzung
Geplant sind zudem ein zweites Gespräch mit Henk van Benthem und Norbert Becker, ein Gespräch mit Porzer Vertretern im Kölner Rat sowie ein Gespräch mit Florian Braun und Jochen Ott.

BEIRATSSITZUNG am 24. April 2017

Auf der Beiratssitzung am 24. April wurden die bisherigen Eingaben der Bürger im wesentlichen nur zusammengefasst und gesichtet, aber nicht bewertet. Diskutiert wurden vor allem eine mögliche Verlagerung der Musikschule sowie die Frage nach Möglichkeiten der Stabilisierung der Sozialstruktur in der Papageiensiedlung.

Im Rahmen der Sitzung legte Herr Marx (CDU) dar, dass er von rückläufigen Schülerzahlen für Porz ausgehe und daher er den Berechnungen der Verwaltung über den Bedarf an Grundschulflächen in Porz nicht folgen könne. Auch Herr Breuer regte an, die CMS umzusiedeln, um an der Karlstraße Geschäfte zu bauen. Grundschule und KITA könnten auf der Grünfläche an der Papageiensiedlung ggf. mit Erweiterung um die Fläche des REWE-Marktes angesiedelt werden.

Dem wird widersprochen, da die positive Entwicklung in Porz, die durch die Revitalisierung angestoßen werden wird, zu steigenden Schülerzahlen führen wird. Zudem sieht auch der Schulentwicklungsplan eine 4-zügige Grundschule in Porz -Mitte vor. Auf Nachfrage stellt Herr Dr. Höhmann vom Stadtentwicklungsamt, zuständig für Einzelhandel, klar, dass er eine solche Ansiedlung von Geschäften an der Karlstraße als kritisch erachtet. Straßenbegleitend wäre das vielleicht noch denkbar, aber je mehr Geschäfte an der Karlstraße entstünden, desto problematischer wären die Folgen für die Bahnhofstraße. Ein richtiges Geschäftszentrum an der Karlstraße hielt er geradezu für gefährlich für die Bahnhofstraße.

Schließlich bat der Beirat zudem um Klärung, ob es Restriktionen hinsichtlich einer gastronomischen Nutzung des Bezirksrathauses gibt (z. B. seitens der Gebäudewirtschaft).

MITGLIEDERVERSAMMLUNG am 27. April 2017

Unsere nachfolgende Mitgliederversammlung am 27.4.2017 hatte ein sehr positives Echo, von vielen Seiten inklusive der Stadt wurde anerkennend die präsentierte Expertise gelobt und die Ihnen bereits zugesendete Dokumentation stark nachgefragt.

GESPRÄCHE MIT DER POLITIK am 12. Juni 2017

Am 24.5.17 hatten wir die politischen Parteien, die bisher mit uns im Gespräch standen, um eine Fortsetzung des Dialogs gebeten und dazu verschiedene Termine vorgeschlagen. Am 12. Juni 2017 setzten wir diesen Austausch mit der Porzer Politik fort. Leider war es nur Herrn Dr. Bujanowski von der SPD möglich, einen dieser Termine wahrzunehmen. Im Rahmen dieses Gesprächs haben wir die aktuellen Entwicklungen erörtert und Probleme diskutiert. Eines der sich abzeichnenden Probleme besteht darin, dass der Ratsbeschluss den Abriss des Dechant-Scheben-Hauses als Voraussetzung für die erfolgreiche Revitalisierung der Porzer Innenstadt definiert, so wie auch Herr Höing als Baudezernent dies einen „nötigen Befreiungsschlag“ nannte. Derzeit jedoch sieht es kaum danach aus, als würde dieser Bestandteil des Ratsbeschlusses umgesetzt. Es sei unklar, wer dafür die Verantwortung trage, und ein Plan B bei Fortbestand des Dechant-Scheben-Hauses gäbe es auch nicht. Wenn man das DSH abreißen wolle, wäre es sinnvoll, dies nicht nach Erstellung von Haus 1 zu tun, weil damit ja der Abtransport des Bauschutts des DSH-Abrisses nur noch über die Bahnhofstraße erfolgen könne, was die Geschäfte in diesem Teil der innerstädtischen Fußgängerzone über Gebühr belasten würde. Zudem wunderten wir uns darüber, dass mit den unmittelbar betroffenen Anwohnern und Geschäftsleuten bisher nicht gesprochen worden sei. Herr Dr. Bujanowski teilte viele unserer Bedenken und versprach, diese Punkte anzusprechen und weiter zu verfolgen.

SITZUNG DER BV am 20. Juni 2017

Am 20.06.2017 war eine Sondersitzung der BV angesetzt zum Thema »Kompetenzverteilung zwischen Stadt und Bezirksvertretungen«, in deren Rahmen die *moderne stadt* kurz über den »Stand von Porz Mitte« referieren sollte. Überraschenderweise ging es dann auch noch um die Abrissplanung, was aber scheinbar vorher auch nur unzureichend kommuniziert worden war und was zu großem Unmut führte. Uns war es glücklicherweise auch kurzfristig möglich, an dieser Sitzung als Zuschauer teilzunehmen.

Herr Röhrig nahm in der Sitzung Stellung zu den 3 geplanten Gebäuden:

Zum Haus 1 gäbe es einen Letter of Intent (LOI) mit dem Vollsortimenter im EG; noch in diesem Jahr solle der Vertrag unterzeichnet werden. Geplant sei in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung einer Gastronomie – wie das im Einzelnen aussehen soll, führte Herr Röhrig nicht aus. In den übrigen Geschossen sollen ca. 50 Wohnungen entstehen.

Bei Haus 2 sei man in einem intensiven Dialog mit einem Investor, der im Porzer Raum stark engagiert sei und vor Ort über einschlägige Erfahrungen verfüge. Geplant seien Handelsflächen und Wohnungen. Man ziele noch bis Ende des Jahres einen Vertragsabschluss an. Namen wurden nicht genannt.

Zu Haus 3 hörte man leider wenig Neues. Es würden positive Gespräche mit der »Kirche« geführt und eine Raumbedarfsplanung erstellt. Dabei seien das Bistum, die Caritas etc. involviert. Von der Gemeinde in Porz selbst war wieder keine Rede. Geplant seien aber Nutzungsflächen für das DSH, Handel und Gastronomie. Ziel ist ein Verhandlungsabschluss mit der Aachener noch in diesem Jahr.

Die Ausführungen zur Abrissplanung waren äußerst dürftig und beschränkten sich darauf, dass der Baustellenverkehr über die Abbiegerspur zur Tiefgarage zwischen 7:00 und 18:00 abgewickelt werde.

In der Fragerunde stellte Herr Dr. Bujanowski dann die Frage, warum denn das DSH nicht mit in die Abrissplanung des Hertie mit einbezogen werde und ob es einen Plan B gäbe, wenn das DSH bestehen bleibe. Herr Röhrig behauptete in seiner Antwort (unseres Erachtens faktisch unzutreffend), dass der Abriss des Gebäudes in der Machbarkeitsstudie ja noch gar nicht absehbar gewesen sei, und die

Tiefgarage ja an das DSH grenze, so dass hier in einem ersten, getrennten Abschnitt gearbeitet werden könne. Auf die Frage, ob die *ms* einen Plan B habe, falls keine Einigung mit der Aachener erreicht würde, meinte Hr. Röhrig, dass das Baufeld dann anderweitig ausgeschrieben werden müsse. Er sehe dafür aber keinerlei Anzeichen. Einen Plan B gibt es also nicht! Die Frage, warum mit den unmittelbar betroffenen Anwohnern bisher nicht gesprochen worden sei, nahm Herr Röhrig als Anregung mit.

Herr van Benthem zeigte sich sehr enttäuscht über Herrn Röhrigs dürftige Darlegungen zur Baustellenlogistik. Herr Röhrig erklärte, dass es zur Baustellenlogistik von Haus 2 und Haus 3 noch keine Planung gebe und dass man, sobald Haus 1 »aus der Erde rage«, neu disponieren müsse. Aus Sicht unseres Bündnisses erfreulich war, dass man den Anregungen aus dem Bündnis in bestimmten Punkten entsprach: offiziell ist nun in zwei der drei Gebäuden Gastronomie geplant und zum ersten Mal hat die *moderne stadt* nun auch den Neubau bzw. Neuaufbau der Sakristei zum Thema gemacht. Sowohl im Kartenmaterial als auch im Text der PowerPoint-Präsentation taucht der Annex jetzt in den Planungen von *ms* auf.

GESPRÄCH MIT BÜRGERMEISTER UND BÜRGERAMTSLEITER am 22. Juni 2017

Am 22.06.2017 hatte der Vorstand ein Gespräch mit Herrn van Benthem und Herrn Becker, das in sehr angenehmer Atmosphäre stattfand und bei welchem wir unsere Bedenken kund taten und dabei Verständnis für unsere Sicht der Probleme erreichen konnten.

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG am 4. Juli 2017

Am 04. Juli 2017 fand dann eine weitere Öffentlichkeitsbeteiligung statt, auf welcher Herr Röhrig von der *modernen stadt* die weitere Vorgehensweise darstellte und Herr Hülsebusch vom Stadtplanungsamt wie auch Herr Blechschmidt die Abbruchplanungen der beauftragten SacostaCAU GmbH erläuterte. Auf unsere Nachfragen hin wurde deutlich, dass das Schlauchhaus, entgegen der ursprünglichen Planungen, bestehen bleiben wird. Darüber hinaus stellten wir Fragen zu dem Ergebnis der Probebohrungen unter der Kirche und zu dem Verkehrsaufkommen bei Abriss und Neubau von Haus 2 und 3, deren Baugrube in einem Zug erschlossen werden soll. Es wird von insgesamt 2000 LKW-Ladungen ausgegangen, die für den Abriss und den Bau von Haus 1 über die Hauptstraße anfahren sollen. Für Haus 2 und 3, die nach der jetzigen Planung nach Haus 1 errichtet werden, besteht bisher keine baulegistische Planung der An- und Abfahrtswege, dies wolle die *moderne stadt* erst nach Bau von Haus 1 klären. Wir haben daraufhin nachgefragt, warum, wenn Anfang 2018 alle angestrebten Verträge mit den Investoren stünden, man nicht mit dem Bau von Haus 2 und 3 beginne statt mit dem Bau von Haus 1, denn durch Haus 1 werden ja die Abfahrtsmöglichkeiten für die Baulegistik von Haus 2 und 3 verstellt. Zudem wäre dann die Umsiedlung des DSH möglich und der Abbruch des DSH ebenfalls über die Hauptstraße ableitbar, was schließlich auch kostengünstiger sein dürfte und für den Ankermieter von Haus 1 attraktiver. Außerdem wäre sonst absehbar, dass man nach der Belastung durch schweres Baugerät die Pflasterungen in Bahnhofstraße und Josefstraße sanieren müsse, was zusätzliche Kosten erzeuge.

Herr Röhrig räumte ein, dass die beste Lösung natürlich mit dem Bau von Haus 2 und 3 beginne, der Abriss des DSH aber erst möglich sei, wenn die Kirchengemeinde in die Ausweichräume in Haus 3 gezogen sei, dies sei auch vertraglich so festgelegt. Die *moderne stadt* dürfe laut Betrauungsakt nur Haus 1 errichten, sollte es zu keiner Einigung mit dem Bistum bei Haus 3 kommen, müsse das Baufeld neu ausgeschrieben werden. Um aber nicht warten zu müssen, bis Haus 3 stehe, werde man eben schon Haus 1 errichten. Die Frage der Baulegistik für Haus 2 und 3 und des Abtransportes beim Abriss des DSH müsste man dann noch mit den Investoren klären. Auf Nachfrage nach den Gesprächen mit unmittelbar Betroffenen und Anwohnern wurde auf das neue Kommunikationsteam verwiesen. Man werde sich nun diesen Gesprächen widmen. Auf Nachfrage konnte Herr Röhrig nicht ausschließen,

dass die Baufahrzeuge für Haus 2 und 3 bzw. für das DSH über Bahnhofstraße/Josefstraße geleitet werden müssten, aber das müsste eben noch geklärt werden. Zu möglichen Kompensationsmaßnahmen für die ansässigen Geschäfte könne daher zum jetzigen Zeitpunkt auch nichts gesagt werden. Wir halten dieses stadtplanerische Sankt-Florians-Prinzip (eine Lösung für dieses Problem muss dann der Investor von Haus 2 bzw 3 finden – wenn gleichzeitig klar ist, es gibt da gar keine andere Lösung als über Bahnhofstraße und Josefstraße), mit der die *moderne stadt* sich hier aus der Verantwortung für eine sinnvolle Gesamtplanung winden will, für hochproblematisch, droht doch, dass am Ende Haus 1 steht und es niemanden gibt, der für die Projektgesamtplanung weiter zuständig ist. Erstaunt hat uns bei den Aussagen von Herrn Röhrig auch, dass uns vor wenigen Monaten noch gesagt wurde, der Betrauungsakt erlaube der *modernen stadt* notfalls auch den Bau aller drei Gebäude.

Herr Hülsebusch erläuterte, dass man für das DSH nun den Bebauungsplan aufgehoben habe und das Gebäude nur noch passiven Bestandsschutz genieße, bauliche Veränderungen somit nicht mehr genehmigt würden. Herr Blechschmidt erläuterte, dass die geplanten Sicherungsmaßnahmen unter der Kirche im Rahmen des bei Nachbargrundstücken üblichen Bauordnungsrecht zu verbuchen sei und daher bisher auch darüber niemand verhandelt habe.

Aus unserer Sicht entsteht hier eine bedenkliche Lage für die Kirchengemeinde, denn durch die Änderung des Bebauungsplanes wird die Verhandlungsposition der Gemeinde verschlechtert. Die bisherige Strategie der Gemeinde, schweigsam hinter den Kulissen nach Lösungen zu suchen bzw. suchen zu lassen, erscheint aus unserer Sicht gescheitert und kann so nicht fortgesetzt werden. Weitere zeitliche Verzögerung bei den Verhandlungen dürfte hier die Position der Gemeinde nur schwächen, zumal sie selbst für den schleppenden Gang der Verhandlungen nicht verantwortlich ist, gleichwohl aber in der Öffentlichkeit der Eindruck sich verhärtet, der Schwarze Peter läge bei der Kirchengemeinde. Selbst wenn man den Umzug der Kirchengemeinde vom DSH in Haus 3 als Voraussetzung nimmt, bedeutet dies kaum, dass dies zu einer massiven Verzögerung führen muss.

Und ganz nebenbei: das halbe Jahr Unterschied macht nach 8 Jahren jetzt auch nicht mehr so viel aus. Es gibt zumindest keinen plausiblen Grund, warum die Reihenfolge nicht geändert werden kann und Haus 3 und 2 die ersten Gebäude sind. Dann kann man das DSH abreißen und Haus 1 bauen.

Wir haben darauf hin uns mit dem Vorstand der Kirchengemeinde getroffen.

GESPRÄCH MIT DEM KIRCHENVORSTAND DER KIRCHENGEMEINDE ST. JOSEF AM 18. Juli 2017

Am 18.07.2017 hatte der Vorstand ein intensives und langes Gespräch mit dem Kirchenvorstand der Kirchengemeinde St. Josef. Im Rahmen dieses sehr konstruktiven Gesprächs wurde die Lage der Kirchengemeinde erörtert und eine Lösung angedacht, die den Fortgang der Bauprojekte in der Porzer Innenstadt beschleunigen könnte, ohne dass sich die Situation der Gemeinde verschlechtert. Der Kirchenvorstand wird in Kürze einen ausgearbeiteten Lösungsvorschlag präsentieren, über den wir zeitnah in einem separaten Infobrief informieren werden.

Kirchenvorstand und der Vorstand des Bündnisses werden die konstruktiven und fruchtbaren Gespräche zum Wohle der Porzer Innenstadt und aller in ihr vertretenen Institutionen und Anlieger fortsetzen.

ZUM BETRAUUNGSAKT

Zudem haben wir uns auf der Suche nach dem Betrauungsakt gemacht und ihn gefunden (siehe Anhang oder folgenden Link) <https://politik-bei-uns.de/file/585b59b01ae6a05933e7bd58>

Ein zentraler Punkt darin betrifft den Aufgabenkatalog der *modernen stadt* bei der Revitalisierung von Porz-Mitte. Hier heißt es unter 1.2 c des §1 u.a., dass *ms* zuständig ist für die »Vornahme der Strukturentwicklung durch Herstellung der Marktfähigkeit [!!!] der betreffenden Grundstücke in der Innenstadt von Köln-Porz, insbesondere Errichtung des Verteilerbauwerks für die Tiefgarage unter dem betroffenen Areal, Errichtung und Vermarktung von Haus 1, Durchführung städtebaulicher Wettbewerbe betreffend die Grundstücke für Haus 2 und Haus 3«. Diese Formulierung bestätigt unsere Befürchtungen, dass es neben der Erstellung von Haus 1 lediglich um die »die Verwertung / Vermarktung der Grundstücke« geht, zudem sollen die Grundstücke meistbietend verkauft werden – möglicherweise kommt also die Aachener Siedlungsgesellschaft als Investor für Haus 3 gar nicht zum Zuge, wenn es einen anderen Investor gibt, der mehr bietet.

Das DSH wird im Betrauungsakt selbst mit keiner Silbe erwähnt. Allerdings heißt es einleitend, »*ms* erwirbt die zur Projektrealisierung im Übrigen erforderlichen Grundstücke von der Stadt und ggf. von Dritten.«

Hier stellt sich die entscheidende Frage: Wenn es ganz zu Anfang des Betrauungsaktes heißt »Das Vorhaben wird durch die *ms* selbst durchgeführt«, und mit dem Vorhaben ist eindeutig die Umsetzung von B1 gemeint, müsste dann *ms* nicht auch der Verhandlungspartner der Kirche sein, »unter Begleitung der Stadt Köln?«, wie es ergänzend so schön heißt? Dagegen aber spricht nun wieder die Kostenkalkulation in der beigefügten Tabelle, bei der der Grunderwerb Dritter und explizit die Niederlegung des DSH zu Lasten der Stadt gehen. Leider findet das, was in der Machbarkeitsstudie von B1 im Hinblick auf das DSH noch klar formuliert wurde (»Freistellung der Kirche«) im Betrauungsakt, der eindeutig die wirtschaftlichen Aspekte abhandelt, nur indirekt Erwähnung (»Beschlossen wurde die Realisierung auf der Grundlage der Variante B1«) – aber immerhin, der Ratsbeschluss bildet auch für den Betrauungsakt die Grundlage und die Niederlegung des DSH ist zumindest kalkulatorisch erfasst.

WEITERE PERSPEKTIVE:

Wir müssen eine öffentliche Diskussion anstoßen darüber, ob der Ratsbeschluss gültig ist und wie sich die Politik verhalten will, wenn dieser Ratsbeschluss faktisch unterlaufen wird. Es sollte einen Generalbeauftragten für das Projekt Haus 1, 2, und 3 geben, der die Gesamtkoordination übernimmt, damit klar ist, wer diese Aufgabe hat, die offenbar von der *modernen stadt* nicht wahrgenommen werden will. Die Vertagung der Probleme des Baustellenverkehrs zu Haus 2 und 3 und des Abrisses des DSH auf eine Zeit nach Fertigstellung von Haus 1 birgt für die Porzer Innenstadt große Probleme – was, wenn es bei Haus 3 nicht zum gewünschten Abschluss kommt? Bleibt dann das DSH? Was wird aus dem den Porzer Bürgerinnen und Bürgern versprochenen attraktiven (Rest-) Platz? Faktisch muss der Generalbeauftragte sicher stellen, dass der Ratsbeschluss umgesetzt wird oder aber das Problem vor Schaffung von Fakten an den Rat zurückgeben.

Und wir müssen überlegen, wie wir eine öffentliche Diskussion über die Reihenfolge initiieren, deren Ergebnis dann auch die Politik aufgreift. Zumal bei geänderter Reihenfolge alle Sorgenkinder beseitigt würden (kein Baustellenverkehr durch die Fußgängerzone, ein Platz an Stelle des DSH). Das dürfte auch im Interesse der noch ansässigen Betriebe und Geschäfte und auch im Interesse des Ankermieters in Haus 1 sein.

+++++

UPDATE 04. AUGUST 2017

Nach unserem Gespräch mit dem Kirchenvorstand am 18.07. 2017 hat der Kirchenvorstand seine Position überdacht und unsere Bedenken und Anregungen aufgenommen. Die ungünstige Lage bei den Verhandlungen, in die man nicht zuletzt unter anderem durch die Änderung des Bebauungsplans für das Dechant-Scheben-Hauses (DSH) durch die Stadt geraten sei, haben den Kirchenvorstand auf unsere Anregung dazu bewogen, das DSH auch schon vor der Möglichkeit eines direkten Umzuges in Haus 3 aufzugeben. Dies ist ein großes **Entgegenkommen der Kirchengemeinde**, weil sie damit zum Wohle der Porzer Innenstadt sich **auf eine mehrjährige provisorische Regelung mit Ausweichquartieren einlässt**, und **insofern unterstützen wir die Kirchengemeinde auch weiterhin nachhaltig bei ihren Verhandlungen mit Stadt und Investor**.

Gerade durch diese Bereitschaft der Kirchengemeinde, schon vor einem direktem Umzug in Haus 3 das DSH aufzugeben, wird nun der Weg frei gemacht, das DSH schon im Zuge des Abrisses des Hertie-Gebäude mit abzureißen. Dadurch wird zugleich die Möglichkeit gegeben, die Reihenfolge der Baufelder zu verändern, so dass die auch von Herrn Röhrig von der modernen stadt als sinnvollste Variante deklarierte Abfolge, nämlich erst Haus 2 und 3 zu bauen und danach erst Haus 1, tatsächlich realisierbar wird. Durch diesen Durchbruch bei den Planungen für Porz-Mitte ist es möglich, den Baustellenverkehr für Haus 2 und 3 eben nicht – wie sonst zwangsläufig nötig – über die Fußgängerzonen Bahnhofstraße oder Josefstraße mit all den negativen Folgen für die verbleibenden Geschäfte dort abzuwickeln, sondern der gesamte Bauverkehr kann nun über die Hauptstraße und das Baufeld von Gebäude 1 abgewickelt werden.

So kann, bei allen Beeinträchtigungen, die mit einem Bauprojekt dieser Größenordnung einhergehen, nun doch die Belastung für die Geschäfte und Besucher von Porz-Mitte während der Bauphase minimiert werden. Zudem kommt eine erhebliche Kostenersparnis für alle hinzu, da die Baulogistik einfacher wird (z.B. Kostenersparnis bei Wegfallen der Unterfangung des DSH) und Folgekosten (wie z.B. neue Pflasterung nach Beenden des Baustellenverkehrs in den Fußgängerzonen Bahnhofstraße und Josefstraße, etc.) vermieden werden. Der so entstehende finanzielle Spielraum sollte genutzt werden, um die beste Lösung für Porz-Mitte umsetzbar zu machen.

Seitens der Stadt (Liegenschaftsamt) hat man diese Veränderung in der Position der Kirchengemeinde sehr erfreut aufgenommen und signalisiert, dass man zu großem Entgegenkommen bei der Bewältigung der für die Kirchengemeinde nun zusätzlich entstehenden Kosten (Raummieten etc.) bereit sei.

Dabei wurden auch schon etliche Detailfragen in sehr konstruktiver Weise angesprochen und Lösungsmöglichkeiten skizziert – die Detailarbeit wird in den nächsten Wochen geleistet werden. und wir sind aufgrund der Reaktion auch seitens der Stadt sehr zuversichtlich, dass es hier zu einer einvernehmlichen Lösung kommen wird, die für alle tragbar ist und ein Gewinn für Porz insgesamt sein wird.

Dank unserer Arbeit, unseren Gesprächen und Anregungen kommt nun also endlich Bewegung in die bisher etwas festgefahrenen Verhandlungen und wir hoffen, dass die Beweglichkeit der Kirchengemeinde nun auf eine entsprechende Beweglichkeit und Unterstützung auch bei der Stadt und dem Investor moderne stadt trifft, um so die “vernünftigste Lösung” (O-Ton Herr Röhrig) realisierbar zu machen und umzusetzen.

Wir sind sehr froh über diese Entwicklung, von der alle Porzerinnen und Porzer, nicht nur die Geschäftsleute, profitieren werden.